



ICSW

# Politik der sozialen Wohlfahrt und der sozialen Entwicklung für die neue Ära

---

ICSW-Manifest zur Vorlage auf dem  
Zweiten Weltgipfel  
für soziale Entwicklung 2025

# Präambel

Wir, der Internationale Rat für Soziale Wohlfahrt (ICSW), legen den Vereinten Nationen dieses Manifest vor und bekräftigen damit unser Engagement für die Förderung der Menschenwürde, des Wohlergehens, der sozialen Gerechtigkeit und einer inklusiven Politik weltweit. Die Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung (WSSD) 1995 in Kopenhagen legten eine transformative Agenda fest, die den Schwerpunkt auf strukturelle Lösungen für die großen sozialen Herausforderungen der damaligen Zeit legte. Doch während sich das erste Quartal des 21. Jahrhunderts dem Ende zuneigt, kämpft die Welt weiterhin mit einer Reihe von komplexen, miteinander verbundenen und oft kaskadenartig auftretenden Herausforderungen – sozioökonomische Instabilität, Umweltkrisen, rasante technologische Fortschritte und ein wachsendes Misstrauen gegenüber Institutionen.

Die tiefgreifenden Veränderungen und Störungen in all diesen Bereichen sind zu bestimmenden Merkmalen dieser neuen Ära geworden und erfordern anpassungsfähige Strategien und innovative politische Antworten.

Die wachsende Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern hat tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und politische Folgen, die die sozialen Spaltungen verschärfen und den sozialen Zusammenhalt insgesamt verringern. In dem Maße, wie die Einkommensunterschiede zunehmen, wird es für Menschen aus einkommensschwächeren Gruppen immer schwieriger, Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum zu erhalten. Dadurch entsteht ein Kreislauf der Benachteiligung, der nur schwer zu durchbrechen ist, zu verfestigter Armut führt und die soziale Mobilität einschränkt. Da sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten auf die Wohlhabenden konzentrieren, schrumpft zudem die Mittelschicht, was zu einer stärkeren Polarisierung führt und das soziale Gefüge, das die Gesellschaften zusammenhält, schwächt. Die Konsolidierung der politischen Macht durch die Superreichen verstärkt ihren Einfluss auf die Regierungsführung und ermöglicht eine weitere Anhäufung von Reichtum, was eine Bedrohung für Demokratie, Menschenrechte und soziale Stabilität darstellt.

Die Dringlichkeit, die Verpflichtungen des Kopenhagener Gipfels zu erfüllen, war noch nie so groß wie heute. Der bevorstehende Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung 2025 in Doha, Katar, ist nicht nur eine Gelegenheit, sondern eine Aufforderung – ein Aufruf, die weltweiten Fortschritte zu messen und zu bewerten, eine Bestandsaufnahme unserer Versäumnisse vorzunehmen, die Lücken in der Umsetzung zu schließen und unsere Bestrebungen mit den heutigen Realitäten sowie den Herausforderungen und Chancen der Zukunft in Einklang zu bringen.

Wir brauchen einen Neustart, um wieder Fortschritte machen zu können..

# Die aktuelle Landschaft

Berichte von ICSW-Mitgliedsorganisationen aus aller Welt zeigen die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit, die Gesundheit und das menschliche Leben. Schwerwiegende materielle und soziale Entbehrungen nehmen weltweit weiter zu, selbst in Ländern mit hohem Einkommen, und verschlechtern die Bedingungen für große Teile der Bevölkerung, einschließlich benachteiligter Gruppen und der Mittelschicht. Steigende Lebenshaltungskosten und zunehmende Ungleichheit haben Millionen von Menschen in die Armut getrieben, sogar in Regionen, die ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Diese Ungleichgewichte erfordern mehr als nur vorübergehende Maßnahmen. Sie unterstreichen den dringenden Bedarf an inklusiven, auf die Menschen ausgerichteten Maßnahmen, die über kurzfristige Krisen hinausgehen und deren Widerstandsfähigkeit stärken.

Die sich verändernde politische Landschaft, die von politischer Polarisierung und dem unverhältnismäßig großen Einfluss profitorientierter sozialer Medien, insbesondere bei jüngeren Wählern, geprägt ist, hat zu einer erheblichen Unsicherheit in der Regierungsführung geführt. In vielen Ländern hat die Unzufriedenheit der Wähler mit nicht eingehaltenen Versprechungen und politischen Kompromissen die Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt und die Bereitstellung von Sozialleistungen verschärft.

Demokratiemodelle, die in Grundprinzipien eingebettet sind und widerspiegeln, wie Nationen Wohlstand, Stabilität und sozialen Zusammenhalt erreichen, müssen von Natur aus die kulturellen Besonderheiten und das einzigartige soziale Umfeld von Gesellschaften anerkennen. Bei einer umfassenden Betrachtung – jenseits eines engen Fokus auf Wahlsysteme – sollten diese Modelle von den einzelnen Ländern auf ihre Traditionen, Kulturen und politischen Kontexte zugeschnitten werden. Ein solcher Ansatz stellt sicher, dass die demokratischen Rahmenbedingungen mit den gelebten Erfahrungen und Werten der Bürgerinnen und Bürger übereinstimmen und so die Legitimität und Widerstandsfähigkeit fördern. Solidarität, definiert als die sozialen Bindungen, die die Individuen innerhalb einer Gemeinschaft vereinen, ist ein grundlegender Wert, der gepflegt und über Generationen hinweg weitergegeben werden muss.

Um ihr Potenzial voll auszuschöpfen, müssen die Medien der Forderung einer menschen- und rechtebasierten Politik Vorrang einräumen und sich dabei an den von den Vereinten Nationen im sozialen Bereich aufgestellten Grundsätzen orientieren. Die Einhaltung dieser Prioritäten ist von entscheidender Bedeutung, selbst inmitten negativer politischer Entwicklungen wie der Unbeständigkeit von Wahlen und dem Aufkommen von Populismus. Im heutigen digitalen Zeitalter hat sich das „Clip-Denken“ – ein sichtbarer Trend, Informationen in fragmentierten, leicht verdaulichen Formaten zu konsumieren – zur vorherrschenden Norm entwickelt.

Sie bietet zwar Bequemlichkeit und schnelle Verbreitung, untergräbt aber oft die sachliche Analyse und das kritische Denken und führt zu einem oberflächlichen Engagement. Dieses Phänomen, das durch soziale Medienplattformen und digitale Technologien noch verstärkt wird, wird durch Informationsblasen, den allgegenwärtigen „Informationslärm“ und andere Verzerrungen, die die moderne Medienlandschaft prägen, noch verschärft. Diese Dynamik gibt Anlass zu großer Sorge über die Verbreitung von Echokammern und die Erosion des analytischen Diskurses. In diesem Zusammenhang kommt den Medien als „vierte Gewalt“ eine zentrale Rolle zu. Es liegt auf der Hand, dass faktengeprüfte, transparente, ansprechende und sichere soziale Mediendienste für die Förderung informierter Diskussionen und zivilgesellschaftlichen Engagements von entscheidender Bedeutung sind. Eine gemeinsame öffentlich-private Initiative ist notwendig, um diese Bemühungen zu unterstützen und zu verbessern.

Die Frage der sozialen Garantien im Rahmen von Gesellschaftsverträgen – die Verpflichtung von Regierungen, für das Wohlergehen ihrer Bürger zu sorgen – ist eng mit der Bereitstellung von Sozialleistungen und den in den grundlegenden Rechtsnormen eines Landes verankerten Maßnahmen verbunden. Diese Frage ist tief im nationalen Verständnis der Staatsbürgerschaft und ihrer sozialen Dimensionen verwurzelt und spiegelt den Gesellschaftsvertrag zwischen dem Staat und seinem Volk wider. Ein Gesellschaftsvertrag, der auf der Beteiligung der Bürger beruht, ist für die Legitimierung von Institutionen und die Gewährleistung der Nachhaltigkeit von Wohlfahrtssystemen von wesentlicher Bedeutung. Die Sozialpolitik wiederum wird durch das komplexe Zusammenspiel der sozialen, historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung geprägt. Diese Dynamik unterstreicht die Notwendigkeit einer anpassungsfähigen, kontextsensiblen

Governance, die wirksam auf die sich verändernden Bedürfnisse und Wünsche der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen reagiert. In vielen Ländern setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Regierungen eine proaktivere Rolle bei der Unterstützung und Regulierung des Privatsektors spielen müssen, wobei das Gemeinwohl stets Vorrang hat.

Durch die Integration dieser Erkenntnisse können Gesellschaften Governance-Modelle entwickeln, die nicht nur unmittelbare Herausforderungen angehen, sondern auch die Grundlage für eine nachhaltige, inklusive und gerechte Entwicklung schaffen. Wirtschaftsindikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosenquote und die Inflation geben wertvolle Einblicke in die finanzielle Gesundheit eines Landes, sind aber kein ausreichender Maßstab für das soziale Wohlergehen. Diese Messgrößen erfassen wesentliche Aspekte des menschlichen Lebens nicht, darunter Gesundheit, Bildung, ökologische Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt. Darüber hinaus berücksichtigen wirtschaftliche Indikatoren nicht die Qualität sozialer Dienstleistungen, zivilgesellschaftliches Engagement oder Lebenszufriedenheit, die für eine florierende Gesellschaft entscheidend sind. Um ein umfassendes Verständnis des Wohlbefindens zu erlangen, müssen die politischen Entscheidungsträger die Wirtschaftsdaten durch soziale, psychologische und umweltbezogene Messgrößen ergänzen, die die gelebten Erfahrungen von Einzelpersonen und Gemeinschaften widerspiegeln.

Dies wirft entscheidende Fragen auf:

- Welche Art von Sozialpolitik ist für die neue Ära erforderlich?
- Wie können politische Entscheidungsträger ein Gleichgewicht zwischen moralischen Imperativen und Pragmatismus herstellen, um Prioritäten zu setzen und soziale Ziele zu erreichen?
- Und wie können die politischen Prioritäten neu bewertet oder angepasst werden, ohne dass diese Ziele in einer sich rasch verändernden Welt untergraben werden?

Trotz Fortschritten in einigen Bereichen beschränkt sich die Sozialpolitik häufig darauf, unmittelbare Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt einen systemischen Wandel anzustoßen. Die Überbetonung kurzfristiger Ausgaben birgt die Gefahr, dass doppelte Systeme entstehen: eines für die Ausgegrenzten, öffentlich finanziert und überfordert, und ein anderes für die Privilegierten, privat und exklusiv. Solche Spaltungen vertiefen die

Ungleichheit und zersetzen den sozialen Zusammenhalt. Darüber hinaus haben staatliche Ausgabenkürzungen, die oft durch Haushaltszwänge bedingt sind, die Mittel für den Sozialschutz verringert, obwohl die Nachfrage weiter steigt. In vielen Ländern führt die Schuldenpolitik zu einem Teufelskreis, in dem finanzielle Zwänge und externer Druck die Regierungen daran hindern, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen. Durch schuldengetriebene Sparmaßnahmen führen häufig zu öffentlicher Unzufriedenheit und sozialen Unruhen.

Der ICSW, eine weltweit tätige Nichtregierungsorganisation mit starker nationaler Präsenz und einer langen und stolzen Geschichte des Eintretens für eine integrierte Sozialpolitik und wirksame Wohlfahrtsprogramme, betont, dass Haushaltsmittel für die soziale Wohlfahrt nicht einfach nur Ausgaben sind, sondern lebenswichtige Investitionen in die Zukunft; außerdem beruhen diese Investitionen entscheidend auf der sozialen Solidarität. Die meisten Ziele der sozialen Entwicklung sind nur dann erreichbar, wenn der politische Wille vorhanden ist. Wie das Sprichwort sagt: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ – vorausgesetzt, die Gesellschaft erkennt die entscheidende Bedeutung dieser Ziele an. Der Weg nach vorn liegt im politischen Mut, diesen Investitionen Priorität einzuräumen und ihre transformative Kraft zu erkennen.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist das Herzstück wirksamer und reaktionsfähiger Sozialdienstleistungen. Partizipation schafft Transparenz und Vertrauen und fördert das Gefühl gemeinsamer Verantwortung. So wird sichergestellt, dass die Sozialdienste auf die tatsächlichen Herausforderungen und Bedürfnisse eingehen und nicht von Annahmen geprägt sind. Darüber hinaus dient die Zivilgesellschaft als wichtige Plattform, um den Stimmen der Schwächsten Gehör zu verschaffen und sicherzustellen, dass ihre Anliegen im öffentlichen Diskurs Gehör finden. Durch die Einführung oder Stärkung formeller Mechanismen, die den Bürgern regelmäßig die Möglichkeit geben, auf transparente und konstruktive Weise zur Entscheidungsfindung beizutragen, werden partizipative Prozesse integrativer und effektiver.

# Kernprinzipien

## **1. Soziale Wohlfahrt, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt**

Programme und Dienste der sozialen Wohlfahrt sollten als grundlegend für die Schaffung einer humanen Gesellschaft anerkannt werden. Die Förderung des menschlichen Wohlergehens und der sozialen Wohlfahrt sollte im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Auch wenn die spezifischen gesetzlichen Bestimmungen und Definitionen von Land zu Land unterschiedlich sein mögen, so bleibt doch das universelle Ziel, die menschliche Entwicklung zu fördern, Sicherheit zu gewährleisten und die Eigenverantwortung zu stärken. Eine gemeinsame Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung und kollektiver Verantwortung bleibt in allen großen Regionen der Welt von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus steht dies im Einklang mit dem gleichzeitigen Ziel, eine universelle soziale Sicherung zu erreichen, die Schutz-, Präventions- und Entwicklungsfunktionen umfasst.

## **2. Integración de las políticas sociales y económicas**

Sozialpolitische Maßnahmen sind für das Wohlergehen des Einzelnen und der Gemeinschaft von wesentlicher Bedeutung, müssen jedoch in eine umfassendere Wirtschaftspolitik integriert werden. Es ist ein umfassender Rahmen erforderlich, der Armutsbekämpfung, Vollbeschäftigung, universelle soziale Sicherung und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen einschließt. Die Vernachlässigung der sozialen Dimension der Wirtschaftspolitik untergräbt eine nachhaltige und gerechte Entwicklung. Die Regierungen müssen dazu übergehen, die Sozialpolitik nicht nur als Sicherheitsnetz zu betrachten, sondern ihre Rolle bei der Förderung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Umfelds anzuerkennen, insbesondere angesichts der Klimakrise, die die Gemeinschaften weltweit bedroht.

## **3. Innovative Social Policies**

Die komplexen Herausforderungen von heute erfordern eine innovative, partizipative und flexible Sozialpolitik, um die konvergierenden Krisen zu bewältigen. Die Regierungen müssen die soziale Dimension von Anfang an in die makroökonomische Politik einbeziehen und sicherstellen, dass die wirtschaftliche Entwicklung allen Mitgliedern einer Gesellschaft zugute kommt. Die Innenpolitik muss sich mit dem demografischen Wandel, wie z. B. der Migration und der Alterung der Bevölkerung, auseinandersetzen, indem sie einen generationenübergreifenden Fokus fördert und die Solidarität zwischen den Generationen stärkt. Wir müssen den Dialog zwischen den Generationen fördern, indem wir nach geeigneten Formen und Methoden der Kommunikation zwischen älteren und jüngeren Generationen suchen. Gleichzeitig muss die nationale Politik dafür sorgen, dass der rasche digitale Wandel, der durch das exponentielle Wachstum der Informations- und Kommunikationstechnologie vorangetrieben wird, digitale Klüfte überbrückt, anstatt neue zu schaffen, und den Einzelnen stärkt, anstatt ihn auszugrenzen.

# Schlüsselbereiche für Maßnahmen

Künftige Strategien sollten sich an vier Schwerpunktbereichen orientieren:

## **A. Bewältigung der sozialen Folgen des Klimawandels**

Der Klimawandel ist kein isoliertes Phänomen, sondern vergrößert die Verletzlichkeiten. Seine Auswirkungen treffen häufig diejenigen am härtesten, die am wenigsten in der Lage sind, sich anzupassen. Der Klimawandel wirkt sich unverhältnismäßig stark auf gefährdete Regionen aus, insbesondere in Südasien und im südlichen Afrika, und bedroht die Landwirtschaft, die Gesundheit und die Lebensgrundlagen. Die Einbeziehung der ökologischen Nachhaltigkeit in die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz von Gemeinschaften vor klimabedingten Herausforderungen. Alle Beteiligten, einschließlich der Zivilgesellschaft, müssen sich unbedingt auf die vollständige Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung konzentrieren und die Solidarität und das kollektive Handeln stärken.

## **B. Förderung von Arbeitsplätzen und integrativem Wirtschaftswachstum**

Soziale Entwicklung kann ohne eine wirtschaftliche Entwicklung, die allen zugute kommt, nicht gedeihen; inklusives Wirtschaftswachstum ist eine Voraussetzung für Nachhaltigkeit. Die Politik muss marginalisierten Gruppen – Frauen, Jugendlichen, ethnischen Minderheiten und Menschen mit Behinderungen – Vorrang einräumen und einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, Chancen, Dienstleistungen und Existenzgrundlagen gewährleisten. Die Regierungen verfügen über ein umfangreiches Instrumentarium: progressive Besteuerung, Arbeitsgesetze und faire Löhne sowie strategische Investitionen in die Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswirtschaft, die Wohlstandsunterschiede verringern und Wege zu Stabilität und sozialem Zusammenhalt schaffen können.

Die rasche Verbreitung digitaler Technologien, einschließlich generativer künstlicher Intelligenz (KI), bietet sowohl Chancen als auch Herausforderungen für politische Entscheidungsträger und die Zivilgesellschaft. Die digitale Transformation hat das Potenzial, die Bürgerbeteiligung zu verbessern und zu diversifizieren.

Die Länder müssen jedoch die Komplexität des digitalen Wandels bewältigen und sich gleichzeitig mit den sozialen Folgen, wie der Verlagerung von Arbeitsplätzen und der Konzentration von Vermögen, auseinandersetzen. Die Umsetzung robuster sozialer Schutzmaßnahmen für diejenigen, die von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind, und die Gewährleistung einer fairen Besteuerung von KI-getriebenen Gewinnen, um die Vorteile in der Gesellschaft umzuverteilen, sind wesentliche Überlegungen.

## **C. Universelle soziale Sicherung**

Soziale Sicherheit ist ein grundlegendes Menschenrecht, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN, 1948) verankert ist. Wir fordern die Regierungen auf, umfassende Systeme aufzubauen, die in jeder Lebensphase Sicherheit bieten. Grundlegende Garantien für den allgemeinen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung und Einkommensgarantien bei Arbeitslosigkeit, Alter, Kinderbetreuung, Behinderung, Verwitwung und Verwaisung, Krankheit und Mutterschaft sind Maßnahmen, die den Einzelnen gegen die Unwägbarkeiten des Lebens absichern und gleichzeitig sein geistiges und körperliches Wohlbefinden fördern und seine Beteiligung an den produktiven Tätigkeiten des Landes ermöglichen. Universelle soziale Sicherung ist keine Wohltätigkeit, sondern beruht auf Gerechtigkeit und stellt die beste Investition dar, die eine Gesellschaft in ihre Bevölkerung tätigen kann.

## **D. Befähigung der Menschen**

Die Politik muss die Menschen in die Lage versetzen, in vollem Umfang an den wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Gesellschaft teilzuhaben. Dies erfordert die Förderung von qualitativ hochwertiger Bildung, Berufsausbildung und lebenslangem Lernen, insbesondere für Frauen, Jugendliche, Minderheiten und Menschen mit Behinderungen. Die Gleichstellung der Geschlechter, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung nachhaltiger Industrien wie erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft sind von entscheidender Bedeutung.

Bildung ist nicht nur für die Erfüllung der grundlegenden Verpflichtungen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) von wesentlicher Bedeutung, sondern auch für die Anhebung der Bildungsstandards und die Förderung von qualitativ hochwertigem Lernen. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung des kritischen Denkens und der Bewältigung der wachsenden Herausforderungen durch Desinformation und Fehlinformation, die in der heutigen Welt zu einem dringenden Problem geworden sind.

# Wege in die Zukunft

Die Sozialpolitik muss sich zu einem Katalysator für Gleichheit und Gerechtigkeit entwickeln, indem sie soziale Ziele in makroökonomische Rahmenbedingungen integriert, die Umweltdimensionen einbezieht und die internationale Zusammenarbeit fördert. Evidenzbasierte Vorschläge können den Regierungen helfen, Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit durch eine wirksame Sozialpolitik zu bekämpfen. Diese Politik muss das menschliche Potenzial fördern und den Weg für ein gerechtes, inklusives und nachhaltiges globales System ebnen.

Der Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung darf keine bloße Übung in Rhetorik sein. Er muss ein Wendepunkt sein. Pragmatische Lösungen und konstruktive politische Kompromisse sind unabdingbar, um die anhaltende Lebenskostenkrise zu bewältigen, gefährdete Gruppen zu schützen und den Rückgang der Wohlstandsindikatoren umzukehren. Wir sollten uns jedoch darüber im Klaren sein, dass politische Kompromisse nicht auf Kosten der Würde und der Rechte der Menschen gehen dürfen. Es ist notwendig, die partizipatorische Dynamik zu stärken - ein Schlüsselement für die Gewährleistung der Bürgerrechte.

# Multilateralismus und Kollaboration

Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, ist für die Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen entscheidend. Ebenso wichtig ist die Förderung dieser Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, wo der Austausch bewährter Verfahren es den Ländern ermöglicht, von den Erfolgen und Rückschlägen bei der Umsetzung der Sozialpolitik der anderen zu lernen. Die regionale Zusammenarbeit, die häufig durch multilaterale Institutionen gefördert wird, ermöglicht es den politischen Entscheidungsträgern, grenzüberschreitende Herausforderungen wie die Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Bildungsungleichheiten, die durch Migration und Armut verschärft werden, anzugehen. Auch wenn multilaterale Institutionen und Abkommen vor großen Herausforderungen stehen, ist es wichtig zu erkennen, dass globale Herausforderungen globale Lösungen erfordern.

Multilateralismus ist für die Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen unverzichtbar, und ICSW unterstützt nachdrücklich die multilaterale Zusammenarbeit in sozialen Bereichen und darüber hinaus. So können beispielsweise Länder mit erfolgreichen Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Sozialschutz als Modelle dienen, die andere Länder an ihre Gegebenheiten anpassen. Wie die Erfahrung des ICSW zeigt, können regionale multilaterale Abkommen einheitliche Standards fördern, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und den Transfer von technologischem und menschlichem Fachwissen unterstützen und dazu beitragen, Ungleichheiten zu vermeiden, die durch unterschiedliche nationale Stärken entstehen.

Die Einrichtung solider zwischenstaatlicher Mechanismen, wie z. B. regelmäßige Ministertreffen, kann die globale Zusammenarbeit verbessern und die Rechenschaftspflicht bei der Umsetzung der Sozialpolitik gewährleisten. Diese Treffen sollten gut informiert sein und modernste Methoden und Verfahren verwenden. Durch das Sammeln genauer Daten und relevanter Prognosen, das Treffen rationaler Entscheidungen und die Durchführung wirksamer operationeller Programme sollten diese Mechanismen Innovation, Gerechtigkeit und Effizienz fördern. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich die Sozialhilfe von einer reaktiven Maßnahme in ein strategisches Instrument für nachhaltige Entwicklung verwandeln muss.

# Globale Zusammenarbeit und Koordinierung

Globale Zusammenarbeit und Koordinierung sind unerlässlich, um einen gerechten Zugang zu grundlegenden sozialen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Eine solide internationale Plattform könnte als Katalysator für solche Bemühungen dienen, den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung erleichtern und die globale Gesundheitssicherheit stärken, insbesondere bei der Bekämpfung von Pandemien. Sie könnte auch die Qualität der Bildung fördern, indem sie lokale Inhalte mit globalen Standards in Einklang bringt und eine angemessene Finanzierung, Lehrerausbildung und den Zugang zu Lernressourcen gewährleistet. Darüber hinaus könnte ein globales Sozialversicherungssystem eine soziale Grundsicherung für alle garantieren, während die Durchsetzung internationaler Arbeitsnormen für faire und gerechte Arbeitsbedingungen sorgen würde. Ein effektives globales Wassermanagement würde diese kritische Ressource weiter schützen und Nachhaltigkeit und gerechte Verteilung gewährleisten.

Durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zwischenstaatlichen Stellen könnte eine solche Plattform auch den Austausch von Forschungsergebnissen und bewährten Praktiken im Bereich der sozialen Wohlfahrt erleichtern und sich mit den wichtigsten sozialen Sektoren abstimmen.

Vor diesem Hintergrund **kann die Wiederbelebung jährlicher Treffen der Sozialminister**, die Plattformen wie die UN-Kommission für soziale Entwicklung oder eigenständige Veranstaltungen nutzen, der globalen Zusammenarbeit in Fragen der sozialen Wohlfahrt den nötigen Auftrieb geben, die Menschenwürde, das Wohlergehen, die Eingliederung und die soziale Gerechtigkeit fördern und die auf dem Kopenhagener Gipfel eingegangenen Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen, die sich aus dem zweiten Sozialgipfel im Jahr 2025 ergeben, in konkrete Maßnahmen umsetzen.

ICSW ist Gründungsmitglied der Global Coalition for Social Protection Floors (Globale Koalition für soziale Grundsicherung) und unterstützt aktiv diese globale zivilgesellschaftliche Initiative, die mehr als 130 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit zusammenbringt und darauf abzielt, einen universellen Sozialschutz zu erreichen. Wir stehen fest an der Seite von Praktikern der sozialen Entwicklung, Sozialarbeitern, Pädagogen und Akademikern, die sich vorrangig mit sozialer Sicherheit und menschlichem Wohlergehen befassen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Gemeinsam streben wir einen universellen Sozialschutz an, der kindersensible Programme und Maßnahmen umfasst. Wir setzen uns nachdrücklich für die Aufnahme praktischer Diskussionen bei den Vereinten Nationen ein, **um ein verbindliches internationales Instrument für universelle soziale Sicherung zu entwickeln.**

ICSW ist der Ansicht, dass es für die internationale Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung ist, sich auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene für eine vorausschauende, gerechte und inklusive Sozialpolitik einzusetzen. Die Würde und der Wert des Menschen müssen die Richtschnur dieser Politik sein, die den Realitäten der heutigen vernetzten Welt Rechnung tragen sollte. Um die Teufelskreise zu durchbrechen, die das Misstrauen aufrechterhalten, ist es unerlässlich, die Ursachen zu bekämpfen. Eine gut informierte, aktive und engagierte Zivilgesellschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für eine sozial nachhaltige Entwicklung, Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte. Investitionen in eine starke, vielfältige und unabhängige Zivilgesellschaft schaffen die Grundlage für diese Ziele. Die Zivilgesellschaft spielt auch eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Sicherheit, insbesondere in Krisenzeiten, in denen ihre Fähigkeit, humanitäre Hilfe zu leisten, unerlässlich ist.

Die Gestaltung einer realistischen, aber dennoch mutigen und nachhaltigen Sozialpolitik ist in der gegenwärtigen Situation von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Sozialpolitik, die Bürger, lokale Gemeinschaften, regionale Einheiten und die globale Gemeinschaft sinnvoll einbindet, ist lebenswichtig für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts.

ICSW ist bereit, dieses Bestreben zu unterstützen.



ICSW  
Danke